

Kurzprogramm 2021



Die Krise als Chance ... für eine christlich-innovative Politik

www.buendnis-c.de

<input type="radio"/>	Links	1
<input checked="" type="radio"/>	Bündnis C	2
<input type="radio"/>	Rechts	3
<input type="radio"/>		4

Unsere Vision



Politik für Freiheit in Verbundenheit

Wir lieben Deutschland und Europa und schätzen, was in 75 Jahren Frieden gewachsen ist.

Ideologisch einseitige Antworten spalten nicht erst seit der Corona-Krise unser Land und unseren Kontinent zwischen einer links-grünen Lobby und konservativen Kräften, zwischen Globalisten und Nationalisten, Wirtschaft und Sozialstaat, Einheimischen und Fremden, Arm und Reich.

Bündnis C tritt mit **politischen Lösungen aus christlicher Perspektive** zusammen mit unseren europäischen Partnern in diese Risse.

Grundprinzip unseres biblisch fundierten Ansatzes ist der **Relationismus**, eine innovative Politik- und Wirtschaftsphilosophie als Antwort auf gescheiterte Gesellschaftsmodelle des Kapitalismus und des Sozialismus. Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität erhalten ihre wahre Bedeutung nur im Kontext von Beziehungen – mit anderen Menschen und mit Gott.

Wo die Linke mehr Gleichheit schaffen und die Rechte Freiheit erhalten will, erschließt ein beziehungsorientiertes Denken das Potenzial von **Brüderlichkeit als Herzstück von Europas jüdisch-christlicher Tradition**.

Brüderlichkeit im Sinne von fair und effektiv gestalteten Beziehungen auf institutioneller Ebene hat bereits die sozialen Neuerungen inspiriert, die Europa der Welt gebracht hat, wie demokratische Regierungssysteme, Rechtsstaatlichkeit und die Konzeption der Menschenrechte.

Weder der westlich-liberale Individualismus noch ein neu-sozialistischer Kollektivismus erhalten den gesellschaftlichen Frieden. Wir brauchen mehr als je zuvor ausbalancierte Beziehungen zwischen Rechten und Pflichten, Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und Kooperation.

Ein politischer und ökonomischer Ansatz, der eine beziehungsorientierte Infrastruktur aufbaut statt ideologischer Fronten, kann der Schlüssel für unsere Zukunft sein. **Die gegenwärtige Krise ist der Zeitpunkt für Reformen der politischen, Wirtschafts- und Sozialsysteme.**

Bündnis C hat sich 2015 aus den Vorgängerparteien PBC und AUF-Partei gebildet. Seit 1989 arbeiten wir als christliche Parteien an politischen Antworten auf der Basis biblischer Prinzipien für Deutschland und Europa.



Die Würde des Menschen ist unantastbar

Die Corona-Krise hat den Lebensschutz unter verändertem Blickwinkel ins Zentrum staatlichen Handelns gestellt. Die Würde des Menschen begründet kein Recht auf Gesundheit, aber das Recht auf Leben von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod. Es schützt den Menschen vor staatlicher Willkür. Die Würde des Menschen als Beziehungswesen schließt die Verantwortung für seine Mitmenschen ein. Das Recht auf Selbstbestimmung steht nicht über dem Lebensrecht von Kindern. Freiheitsrechte sind zugleich Pflicht, sie Andersdenkenden zu gewähren.

Religions-, Meinungs- und Gewissensfreiheit gründen in der Ethik der Bibel und sind konstituierend für den freiheitlichen Rechtsstaat. Die Aushöhlung der Grundrechte setzt Menschen staatlicher Willkür und extremistischer Gewalt aus. Keine Notverordnung darf die Gewaltenteilung aushebeln. Der Staat hat keine Gesinnungen zu verfolgen, sondern Straftaten. Hass kann man nicht mit Ausgrenzen, Moralisieren und Löschen bekämpfen, sondern in Beziehungen zu Andersdenkenden überwinden.

Recht auf Leben und Freiheit wiederherstellen:

- ✓ Abtreibungen verhindern durch Verbot, Unterstützung werdender Eltern und Adoption
- ✓ Kindergeld ab Empfängnis
- ✓ Keine Leihmutterchaft: Kinder haben das Recht auf ihre leiblichen Eltern
- ✓ Keine Legalisierung von Suizidbeihilfe
- ✓ Würdevolle Sorge für ältere und behinderte Menschen
- ✓ Menschenhandel, Prostitution und Zwangsarbeit unterbinden
- ✓ Internationale Zusammenarbeit gegen Kinderpornografie.

„Demokratie wird entweder christlich sein oder es wird sie nicht mehr geben. Eine anti-christliche Demokratie wird eine Parodie sein, die entweder in Tyrannei oder Anarchie versinkt.“

(Robert Schuman, Gründervater der Europäischen Union)



<input type="radio"/>	Links	1
<input checked="" type="radio"/>	Bündnis C	2
<input type="radio"/>	Rechts	3
<input type="radio"/>		4



Die Säulen der Gesellschaft

In der Verbindung eines Mannes und einer Frau beginnt jedes menschliche Leben. Die Familie aus der Ehe von Mann und Frau und deren Kindern ist die grundlegende soziale Einheit, aus der alle anderen Beziehungen in der Gesellschaft hervorgehen. Die Rechte der Familie sind unveräußerlich und dürfen nicht dem staatlichen Zugriff oder den Rechten Einzelner geopfert werden.

Wir schützen und fördern Familien statt Individualismus. Die Corona-Krise hat die unentbehrliche Bildungs- und Sozialverantwortung der Familien gestärkt. Familienarbeit muss der Erwerbsarbeit von Eltern gleichgestellt werden. Nur eine beziehungs-, bildungs- und leistungsfähige nächste Generation kann langfristig unseren Fachkräftemangel ausfüllen und die Wirtschaftskraft erhalten.

Familie im Mittelpunkt von Politik und Gesellschaft:

- ✓ Jede Gesetzgebung soll an ihren Effekten auf Familien geprüft werden.
- ✓ Das elterliche Erziehungsrecht stärken – Keine „Kinderrechte“ ins Grundgesetz!
- ✓ Erziehungsgehalt statt Kita-Subventionen
- ✓ Pflegegehalt für die Versorgung Angehöriger
- ✓ Familiengerechte Arbeitszeiten statt 24/7 Fremdbetreuung
- ✓ Örtliche Nähe von Verwandten fördern, um soziale Widerstandsfähigkeit aufzubauen
- ✓ Sozialpolitische Kompetenzen an Familienverbände und Genossenschaften geben, um die staatlichen Sozialausgaben zu senken
- ✓ Die kommunale Ebene stärken für regionale Wirtschaftsplanung, Beschaffung von Kapital und die Verteilung von Sozialleistungen.

Familien Mainstreaming statt Gender Mainstreaming



<input type="radio"/>	Links	1
<input checked="" type="radio"/>	Bündnis C	2
<input type="radio"/>	Rechts	3
<input type="radio"/>		4



Beziehungsorientiert statt finanzzentriert

Der Corona-Lockdown hat das Schrumpfen der Wirtschaft beschleunigt. Vorbereitet wurde es seit langem durch eine schrumpfende Bevölkerung und fehlenden Nachwuchs. Der ist auch mit Milliarden-Hilfsfonds nicht zu ersetzen. Die kommende Wirtschaftskrise bietet die Chance, statt auf Konsum und Wachstum den Wirtschaftskreislauf neu auf Qualität und Vertrauen, Fairness und Gegenseitigkeit, Wettbewerb und Kooperation zu bauen.

Eine Wirtschaft, die dem Gemeinwohl dient, ist menschenzentriert statt finanzzentriert. Sie schöpft das Potenzial der Technologie unter Achtung der Menschenwürde und dem Schutz der Umwelt aus. Sie besteht auf Transparenz und plant und arbeitet langfristig. Sie denkt inklusiv für alle beteiligten Interessengruppen und schafft gemeinsame Werte. Wir stellen das Leben von Familien und Kommunen vor ein Wirtschaftswachstum um jeden Preis.

Wirtschaft und Finanzsystem im Dienst des Gemeinwohles:

- ✓ Marktwirtschaft: fair, kooperativ und effizient
- ✓ Nachhaltigkeit mit familiengerechten Arbeitsbedingungen
- ✓ Mittelstand entlasten und Regionen stützen statt Großkonzerne
- ✓ Bürokratieabbau und einfacheres Steuersystem
- ✓ Öffentliche Verwaltung reduzieren und digitalisieren
- ✓ Abbau von Staatsschulden und Subventionen
- ✓ Das Finanzsystem als Dienstleister der Wirtschaft
- ✓ Firmenbeteiligung mit Verantwortung statt Aktienspekulation
- ✓ Faire Besteuerung internationaler Konzerne
- ✓ Bargeld als Zahlungsmittel erhalten
- ✓ Unabhängige europäische Datenetzstruktur aufbauen.

Finanzpolitik für unsere Kinder: Geldschöpfung und Schuldenfinanzierung beenden



<input type="radio"/>	Links	1
<input checked="" type="radio"/>	Bündnis C	2
<input type="radio"/>	Rechts	3
<input type="radio"/>		4



Eigenverantwortung aktivieren

Mit der Zerstörung der Familie wurde ein zentralistisches Sozialsystem errichtet, das den Einzelnen in Abhängigkeit vom Staat bringt. Es wurde ein Anspruchsdenken gegenüber „Vater Staat“ generiert, das den Steuerzahler ausnutzt und in der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen gipfelt. Einbrechende Steuereinnahmen und Sozialbeiträge durch den Corona-Lockdown verschärfen die Krise. Altersarmut, Pflegenotstand und einem überlasteten Gesundheitssystem muss mit Eigenverantwortung und der Sozialverantwortung der Familien begegnet werden.

Es gibt kein Recht auf Gesundheit, ebenso wenig ein Recht auf ein Kind. Gesundheit und Leben sind nicht verfügbar und die medizinische Versorgung von den wirtschaftlichen und personellen Ressourcen abhängig. Jährliche Milliarden-Subventionen für die Krankenkassen bei gleichzeitiger Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung mahnen Reformen des Systems an. Der Mangel an Ärzten und Pflegekräften erfordert gesündere Arbeitsbedingungen und die Entlastung von Vorschriften zur Sicherung der Grundversorgung.

Kernpunkte aus unserem Gesundheitspolitischen Programm:

- ✓ Miteinander und Wettbewerb von GKV und PKV
- ✓ Prävention und Gesundheitsförderung priorisieren
- ✓ Faire Preispolitik für Medikamente
- ✓ Staatliche Subvention von Abtreibungen auf die Unterstützung werdender Mütter umlenken
- ✓ Verbrauchende Embryonenforschung, Genome-Editing und Keimbahn-Intervention verbieten
- ✓ Palliativmedizin statt Sterbehilfe
- ✓ Keine Organspende ohne aktive Zustimmung: Hirntod ist nicht tot
- ✓ Impfung muss freiwillig bleiben.

Das christliche Menschenbild: Gesundheit leiblich, seelisch, geistlich erhalten

<input type="radio"/>	Links	1
<input checked="" type="radio"/>	Bündnis C	2
<input type="radio"/>	Rechts	3
<input type="radio"/>		4



Der Wahrheitsfindung verpflichtet

Bildung beginnt mit der Bindung jedes Kindes an seine Eltern. Kindergärten und Schule sollen die elterliche Bildung ergänzen, aber nicht ersetzen. Die Schließung der Bildungseinrichtungen während des Corona-Lockdown haben die Krisenanfälligkeit kollektiver Einrichtungen in Erinnerung gebracht. Homeschooling soll deshalb dauerhaft legalisiert und die Schulpflicht durch eine Bildungspflicht ersetzt werden.

Das in Art 6 GG verbrieft natürliche Erziehungsrecht der Eltern schließt die Weitergabe von Werten, Glauben und Weltanschauung an ihre Kinder sowie deren Sexualerziehung ein. Die freie Schulwahl und Mitspracherecht der Eltern an den Schulen sind zu garantieren. Nichtstaatliche Schulen sind finanziell gleichwertig auszustatten und ein freier Wettbewerb der Schul- und Bildungskonzepte zu gewährleisten. Förderschulen sind Bestandteil der Bildungslandschaft.

Wissenschaftlicher Diskurs statt politischer Korrektheit:

- ✓ Freiheit von Forschung und Lehre
- ✓ Debattenkultur statt tendenziöser (Selbst-)Zensur in Politik und Medien
- ✓ Information und Wissen uneingeschränkt zugänglich machen
- ✓ Öffentlich-rechtliche Medien sind zu neutraler Information verpflichtet
- ✓ Freier Wettbewerb privater Medien und Hochschulen
- ✓ Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe beenden und Gender-Lehrstühle schließen
- ✓ Schöpfungs- und Evolutionslehre gleichwertig behandeln
- ✓ Lehrplankommissionen mit Elternvertretern
- ✓ Ausbildungsförderung für Studenten soll einkommensabhängig rückzahlbar sein.

Artikel 5 Grundgesetz: Demokratie lebt von Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt

<input type="radio"/>	Links	1
<input checked="" type="radio"/>	Bündnis C	2
<input type="radio"/>	Rechts	3
<input type="radio"/>		4



Balance zwischen Mensch und Natur

Umweltpolitik gelingt in Verantwortung vor dem Schöpfer, für die Mitmenschen als seine Geschöpfe und für seine Schöpfung. Uns ist umsichtige Haushaltserschaft im Umgang mit der Natur und unseren natürlichen Ressourcen aufgetragen. Ein offener Diskurs über die Ursachen von Klimaveränderungen dient gezielten Vorsorgemaßnahmen und erhält das zwischenmenschliche Klima für die Zukunft.

Nicht das Klima, sondern Kinder sichern das Überleben der Menschheit. Die Bewahrung der Schöpfung schließt entweder den Menschen ein oder sie kann sich nicht auf einen christlichen Konsens berufen. Technische Innovation soll nachhaltiges Wirtschaften begünstigen. Eine Wirtschaft, die auf qualitatives statt quantitatives Wachstum setzt, beendet Raubbau an Umwelt und Ressourcen inklusive.

Verantwortliche Haushaltserschaft:

- ✓ Artgerechte Tierhaltung und lebensraumnahe Landwirtschaft
- ✓ Artenschutz und Neuzüchtung angepasster Arten
- ✓ Herbizide, Insektizide und Pestizide begrenzen zum Schutz von Bienen und Insekten
- ✓ Regionale Landwirtschaft von Vorschriften entlasten und stärken
- ✓ Investitionen in Forschung und Entwicklung von Schlüsseltechnologien
- ✓ Eigenständige Energieversorgung sichern trotz Energiewende
- ✓ Korrektur der Feinstaub-Grenzwerte statt Dieselfahrverbote
- ✓ Sicherung der Nahrungs- und Trinkwasserversorgung
- ✓ Hochwasser- und Katastrophenschutz
- ✓ Verursacherprinzip: Unternehmen und Banken haften für verursachte Schäden.



Faire Preise und Wertschätzung für unsere Bauern



www.buendnis-c.de

<input type="radio"/>	Links	1
<input checked="" type="radio"/>	Bündnis C	2
<input type="radio"/>	Rechts	3
<input type="radio"/>		4



Bündnis der Freundschaft stärken

Für den Corona-Wiederaufbaufond „Next Generation EU“ in Höhe von 750 Milliarden Euro nimmt die EU erstmals in ihrer Geschichte gemeinsame Schulden auf. Für die Finanzierung sind höhere Beiträge der Mitgliedsstaaten und neue EU-Steuern geplant. Der europäische Gedanke einer Völkerfamilie wird damit durch eine materialistische Fiskalunion gefährdet.

Eine starke europäische Einheit gründet auf starken Nationen. Wir wollen einen Staatenbund, keine Bundesstaaten. Einheit wächst durch Freundschaft und willentliche Annäherung der Völker, nicht durch ein forciertes Zusammenschweißen von politischen und Finanzstrukturen. Die Zuständigkeiten der EU-Mitgliedsstaaten sind zu achten und wiederherzustellen. Wir stärken die Kernprinzipien der EU: Subsidiarität, Solidarität, Flexibilität und Diversität.

Weniger Regulierung, mehr Differenzierung:

- ✓ Mehr Kontrolle und Mitsprache der nationalen Parlamente
- ✓ EU-Gesetzgebung überprüfen und reduzieren
- ✓ Initiativrecht der Europäischen Kommission nur, wo die EU die volle Zuständigkeit besitzt
- ✓ EU-Budget verringern nach Austritt Großbritanniens
- ✓ Regionale Initiativen mit gemeinsamen kulturellen, historischen oder wirtschaftlichen Interessen fördern
- ✓ Fairer europäischer Binnenmarkt
- ✓ Europäische Kooperation zur Vermeidung von Arbeitsmigration
- ✓ Statt einheitlicher Eurozone flexible Umrechnungskurse
- ✓ EU-Beitritt ohne Abstriche an den Kopenhagener Kriterien
- ✓ Neben Mitgliedschaft EU-Partnerschaft möglich machen
- ✓ Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden.

Konföderales Europa: Eine Familie souveräner Nationalstaaten



<input type="radio"/>	Links	1
<input checked="" type="radio"/>	Bündnis C	2
<input type="radio"/>	Rechts	3
<input type="radio"/>		4



Recht auf Asyl sichern

Die Aufnahmekapazität einer Gesellschaft für Zuwanderer misst sich daran, inwieweit die einheimische Bevölkerung Beziehungen zu den Fremden eingeht. Sonst bilden sie Parallelgesellschaften. Die Politik kann diese Beziehungen fördern, aber nicht einfordern. Eine Zwangssolidarisierung der Gesellschaft ist zum Scheitern verurteilt. Zuwanderungsgesetze dürfen keine ausgebildeten Fachkräfte aus ärmeren Ländern anziehen und diese ausbluten.

Jeder Flüchtlingsstatus ist begrenzt, solange die Gefahr im Herkunftsland besteht.

Wir wollen jungen Flüchtlingen eine gute Ausbildung geben als Kapital für ihre Rückkehr und für Veränderungen in ihrem Land. Familienanschluss und Kirchen in Deutschland können werteprägend sein, während Familiennachzug den Wertekodex der Herkunftskultur im Gastland verfestigt. Integration braucht im Miteinander das Training in freiheitlichen Grundrechten und -pflichten.

Kinder ohne Eltern müssen unabhängig von ihrer Herkunft und Status geschützt werden.

Ein gemeinsames EU-Immigrationssystem:

- ✓ EU-Außengrenzen gemeinsam sichern
- ✓ Kontrollierte Zugänge und Recht auf Asyl garantieren
- ✓ Grenzen nationaler Toleranz gegenüber Einwanderung respektieren
- ✓ Handelsverträge und EU-Subventionen dürfen nicht den afrikanischen Märkten schaden
- ✓ In die Ausbildung junger Menschen vor Ort investieren.

Naher Osten und Afrika: Freiheitlich-demokratische Kräfte unterstützen



<input type="radio"/>	Links	1
<input checked="" type="radio"/>	Bündnis C	2
<input type="radio"/>	Rechts	3
<input type="radio"/>		4



Für eine Kultur der Freiheit

Repressive Regime in der ganzen Welt haben mit brachialen Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus Menschen in Armut gestürzt. Wir unterstützen in der Außenpolitik politische und gesellschaftliche Akteure, die für Freiheitsrechte und eine Regierungsführung unter Beteiligung aller Volks- und Religionsgruppen arbeiten. Mit einer Kultur der Freiheit wird Extremismus, Islamismus und Terrorismus der Nährboden entzogen. Damit setzen wir uns am effektivsten für unterdrückte Minderheiten ein und unterstützen verfolgte Christen.

Rüstungs-, Handels- und politische Abkommen mit der Türkei, dem Iran, Saudi-Arabien und anderen Autokratien sind an die Gewährung von Religions- und Gewissensfreiheit zu binden und an die Achtung der Souveränität der Nachbarstaaten. In den zunehmenden internationalen Spannungen sind besonders die Beziehungen zu den USA, Russland und China zu klären. Für unsere Verteidigung stehen wir zu Deutschlands Verpflichtungen in der NATO zum gemeinsamen Schutz des europäischen Kontinents, nicht zu einer europäischen Armee.

Deutschland an der Seite Israels:

- ✓ Das Staatsgebiet Israels anerkennen – keine Zwei-Staaten-Lösung
- ✓ Anerkennung Jerusalems als ungeteilte Hauptstadt Israels
- ✓ Die Deutsche Botschaft nach Jerusalem verlegen
- ✓ Ausstieg aus dem Atomabkommen mit dem Iran
- ✓ Die Beziehungen zu Israel in Politik und Wirtschaft, Forschung und Innovation, Kultur und Kunst, Jugendaustausch und Kirchen ausbauen
- ✓ Freiheitlich-demokratische Kräfte in den Nachbarländern unterstützen.

Mit Freundschaft zu Israel dem Antisemitismus die Macht nehmen



www.buendnis-c.de

<input type="radio"/>	Links	1
<input checked="" type="radio"/>	Bündnis C	2
<input type="radio"/>	Rechts	3
<input type="radio"/>		4



Gemeinsam für Europa

Bündnis C ist Mitglied der European Christian Political Movement (ECPM). Das ist unsere europäische Partei.

Die ECPM besteht aus etwa 50 christlich-demokratischen und christlich-sozialen Parteien, Nichtregierungsorganisationen und Expertenkommissionen aus ganz Europa. Wir haben uns zusammengeschlossen, um eine christliche Perspektive der Demokratie zu stärken und zu fördern.

Die Europaabgeordneten der ECPM setzen sich im europäischen Parlament für eine Politik nach unseren biblischen Leitlinien ein.

2017 beschloss die Generalversammlung der ECPM eine von Bündnis C – Christen für Deutschland vorgelegte Resolution an den Europäischen Rat zur Aufnahme des Gottesbezuges in den Vertrag von Lissabon und 2019 eine Resolution zur türkischen Invasion in Nordost-Syrien.

Die Sallux ECPM Foundation ist die politische Stiftung der ECPM. Sie vereint Think Tanks und Institute in Europa, mit denen zusammen wir christlich fundierte politische Lösungen für Deutschland und Europa erarbeiten.

Die politische Philosophie des Relationismus wurde von Vordenkern des Jubilee Centre Cambridge entwickelt. Als Methode der politischen Nutzung von Beziehungen wurde sie zur grundlegenden, biblisch fundierten Denkrichtung der ECPM.

www.ecpm.info
www.sallux.eu
www.jubilee-centre.org





Die christlichen Wurzeln Europas fruchtbar machen



<input type="radio"/>	Links	1
<input checked="" type="radio"/>	Bündnis C	2
<input type="radio"/>	Rechts	3
<input type="radio"/>		4

So können Sie uns unterstützen

- ✓ Abonnieren Sie unseren Newsletter für aktuelle Informationen unter www.buendnis-c.de
- ✓ Helfen Sie uns vor Wahlen beim Sammeln der Unterstützerunterschriften
- ✓ Werden Sie Fördermitglied und erhalten unser Parteimagazin EINDRUCK
- ✓ Machen Sie Bündnis C aktiv als Mitglied bekannt
- ✓ Unterzeichnen Sie unsere Petitionen
- ✓ Spenden Sie für unsere Öffentlichkeitsarbeit
- ✓ Verteilen Sie dieses Kurzprogramm



IMPRESSUM